# Wieder Abfuhr für Schwarz-Grün

## Der Antrag auf Wiederwahl des Ersten Stadtrats Uwe Ringel wurde im Stadtparlament erneut abgelehnt

**Bruchköbel (how). Die erste „Watschen" hatte sich die schwarz-grüne Regierungskoalition in Bruchköbel bereits Ende Januar abgeholt. Am Dienstag setzte es nun die zweite: Der Antrag auf Wiederwahl des Ersten Stadrats Uwe Ringel (Bündnis 90/Die Grünen) wurde in der Stadtverordnetenversammlung erneut abgeschmettert.**

Will Ringel, dessen Amtszeit zum 30. September dieses Jahres endet, weiterhin die Position bekleiden, muss er sich an einem öffentlichen Ausschreibungsverfahren beteiligen, bei dem dann auch weitere Kandidaten zugelassen werden können. Zur Vorbereitung der Wahl des Ersten Stadtrates soll nach einem Beschluss der Versammlung nun ein Ausschuss gebildet werden.

War das Nein des Plenums zu Beginn des Jahres noch völlig unerwartet gekommen, so mussten die Regierungsparteien diesmal mit einer Abfuhr rechnen. Am Ende stimmten 19 Abgeordnete gegen den Antrag und 18 Mitglieder dafür.

Den 18 Vertretern von CDU (12), und Grünen (6) stehen zehn Abgeordnete von SPD, fünf von BBB und die zwei Unabhängigen, die am Faschingssonntag ihren Austritt aus der CDU erklärt hatten, gegenüber.

Über die Frage, wer der Koalition diesmal den Dolchstoß versetzt hat, darf nur spekuliert werden, denn die Wahl fand wie schon im Januar im Geheimen statt.

Die Fronten hatten die Fraktionen bereits vor dem Wahlgang mit ihren Redebeiträgen abgesteckt. Der Grüne Andreas Wenzel stärkte seinem Parteifreund Uwe Ringel erwartungsgemäß den Rücken und sprach von einem Erfolgsweg, den Ringel als Baudezernent zurückgelegt habe. Mit seiner „effizienten Truppe" im Bauamt habe er den Gewerbepark „Im Lohfeld" umgesetzt, im bauenergetischen Bereich der Stadt große Verdienste erworben und im Bruchköbeler Schwimmbad die Kosten halbiert. Uwe Ringel stehe darüber hinaus für das „zukunfsweisende Projekt" der Neuen Mitte. Dahinter verbirgt sich der Abriss des Parkhauses sowie der Neubau des Rathauses.

Der Koalitionspartner CDU – auch das war zu erwarten – sparte ebenfalls nicht an Lob für Ringel und die Grünen. Man setze auf Kontinuität und wolle die Arbeit mit dem Partner in gleicher personeller Konstellation fortsetzen, sagte Michael Reul.

Dagegen fuhr die Opposition schwere Geschütze auf: SPD-Fraktionsvorsitzende Christine Empter kritisierte die Tatsache, dass die Regierungskoalition den Punkt Wiederwahl des Ersten Stadtrates erneutauf die Tagesordnung gesetzt habe, obwohl die CDU nach der Niederlage im Januar angekündigt hatte, den Weg der Ausschreibung gehen zu wollen. Sie nannte die Vorgehensweise von Schwarz-Grün eine „Schmierenkomödie".

### Angriff auf die Hauptamtlichen

Der Fraktionsvorsitzende des Bruchköbeler Bürgerbundes, Alexander Rabold griff Bürgermeister Günter Maibach (CDU) und Uwe Ringel direkt an: „Die wahren Probleme, die unsere Stadt hat, sind die beiden Hauptamtlichen", sagte er. Auch stellte er die Frage, warum die Regierungskoalition Angst davor habe, das Amt des Ersten Stadtrats durch eine öffentliche Ausschreibung zu besetzten, wenn Ringel – wie das Bündnis behaupte – der beste Kandidat sei. In die gleiche Kerbe schlugen die Liberalen: „Wir wollen den fähigsten Ersten Stadtrat für Bruchköbel. Dieser lässt sich nur über eine Ausschreibung ermitteln", meinte FDP-Vorsitzender Günter Schäfer.

Bürgermeister Günter Maibach verteidigte die Maßnahme der Koalition, die Wiederwahl des Ersten Stadtrates noch einmal in der Versammlung zur Abstimmung zu bringen. „Uns ist diese Position wichtig, wir arbeiten gut zusammen und wir wollten in einer Phase, in der in Bruchköbel an vielen Orten gebaut wird, keinen unnötigen Zeitverlust durch einen Führungswechsel im Bauderzernat riskieren", so der Verwaltungschef. Man brauche jemanden, der am Puls der Zeit sei.

Keine Position am Rednerpult bezog die jüngste Fraktion im Stadtparlament von Bruchköbel. Die ehemaligen CDU-Abgeordneten Winfried Weiß und Karina Seewald firmieren jetzt offiziell als Unabhängige Fraktion Bruchköbel (UFB). Sie waren im Februar aus den Reihen der Christdemokraten ausgeschert und hatten die Koalition um die Mehrheit gebracht.